Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Geschäftsstellung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verkürztem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften werden unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. Zeit gültig und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Zutreffen entsprechender Nachlaß. Behördliche Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Grundzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamationsanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platz Erfüllung und Zahlung ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; Anderes Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verteilt. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Einspruch innerhalb 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 — Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 47 | Freitag den 27. Februar 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Lebensmittel-Verteilung im Kommunalverband Meißen Land.

In der Woche vom 29. Februar bis 6. März 1920 werden im Kommunalverband Meißen Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) **auf grüne und goldgelbe Nährmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 1**
½ Pfund Sago, Pfundpreis 1,60 Mk.

b) **auf gelbe Nährmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 1**
¼ Pfund Weizengries, Pfundpreis 0,92 Mk.
¼ Pfund Graupen, Pfundpreis 0,73 Mk.

c) **auf sämtliche Lebensmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 1**
¼ Pfund ausl. Bohnen, Pfundpreis 5,— Mk.

d) **auf orange und blaue Lebensmittelkarten, Abschnitt L A**
je 1 Dose kondensierte Vollmilch, Preis für die Dose 4,— Mk.

e) Auslandsmarmelade, Pfundpreis 4,20 Mk. **steht zum freien Verkauf** zur Verfügung. Die Händler wollen ihren Bedarf hierfür bei den Handelsstellen melden.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Ein **Verkauf** der Lebensmittel darf **vor** der angesetzten Zeit **nicht** erfolgen.

Meißen, am 26. Februar 1920. Nr. 320 c II F.

2678 **Die Amtshauptmannschaft.**

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Meißen Land einschl. der rev. Städte Nossen, Lommatzsch und Wilsdruff wird die auf Bezugsschein gegen Abgabe der Reichsfleischmarken C zu verabfolgende Fleischmenge für die Woche **vom 23. bis 29. Februar** wie folgt festgesetzt:

a) **für Personen über 6 Jahre:** 125 Gramm Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — 100 Gramm Hackfleisch **oder** 125 Gramm Wurst.

b) **für Kinder unter 6 Jahren:** 62 Gramm Frischfleisch mit Knochen **oder** — soweit vorhanden — 50 Gramm Hackfleisch **oder** 62 Gramm Wurst.

Meißen, am 24. Februar 1920. 119 II L.

2672 **Kommunalverband Meißen Land.**

Das Ende der Dienstpflicht in England.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie aus Kassel gemeldet wird, hat Abg. Scheidemann als Vorsitzender den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten für Freitag, den 27. Februar nach Berlin einberufen.

* Der erste Transport deutscher Kriegsgefangener aus Japan ist in Wilhelmshaven eingetroffen.

* Für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden werden außerordentliche Maßnahmen gegen Verbrechen und Unruhen angeordnet.

* Die Wiedergutmachungskommission hat Poincaré einstimmig zum Präsidenten gewählt.

* Großbritannien schafft die allgemeine Dienstpflicht mit dem 31. März wieder ab und stellt wie früher ein Freiwilligenheer auf.

* In Stockholm ist ein Telegramm eingelaufen, nach dem die bolschewistischen Truppen mit Unterstützung der Bevölkerung das Murmangebiet erobert haben.

* Der Finnische Landtag ist aufgelöst worden infolge Schwierigkeiten der Regierung mit den sozialistischen und kommunistischen Gruppen.

Die Wohnungsfrage.

Jede fünfzehnte deutsche Familie ist heute ohne geeignete Wohnung. Eine Million deutsche Familien sind ohne passende Unterkunft. In Berlin, erzählt der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Stegerwald, gibt es 80 000 obdachlose Haushaltungen (und monatlich strömen aus Russisch-Polen, gab der Polizeidirektor Ernst zu, 3000 Familien nach Berlin). In anderen Städten gibt es Zehntausende, Tausende von Familien, die „kein Hüfung" haben.

Das aschgraue Elend der Wohnungsfrage kann nicht mit behördlichen Maßnahmen allein gebannt werden. Was nützt es zu wissen, daß vor dem Kriege ein jährlicher Neubau von 200 000 Wohnungen kaum den Wohnungshunger befriedigte, wenn trotz dieser hübschen Ziffer die wachsende Bevölkerung immer dichter in Großstädten und Mietskasernen zusammengepreßt wurde und die moralischen Nachteile des Eng-Beisammen-Wohnens sich in die Statistik der Verbrechen und Vergehen immer schärfer ausdrückte? Die Wohnungsnot vor dem Kriege war ein Tröpflein im Vergleich zum Meere des Wohnungselends von heute. Wenn eine Million Familien zusammengepfercht wohnen und im Reiche für das ganze Jahr 1920 mit Ausnahme des rheinisch-westfälischen Siedlungsverbandes nur für 50 000 neue Wohnungen Baumaterialien — vielleicht! — zu verschaffen sind (nach Angaben der Regierung), dann ist das gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der deutschen Bevölkerungspolitik. Noch mehr: Die ungeheuerliche Steigerung der Preise für Baumaterialien und Löhne, in wenigen Wochen oft um das Zwei- bis Dreifache, hat zum fast völligen Zusammenbruch des Wohnungsbaues auf dem Wege der Selbsthilfe, durch Genossenschaften, Siedlungs- und Heimstättenwesens, geführt. Als die Wohnungsbedürftigen in diese Organisationen der Selbsthilfe eintraten, waren die Baukosten, obgleich drei- bis viermal so groß bei Ersatzbauten gegenüber massiven Friedensbauten, mit Mühe nur der wirtschaftlichen Kraft der Genossenschaftler angepaßt, zumal die Reichsregierung Zuschüsse leistete. Jetzt sind die Baukosten derart, daß die Genossenschaften einfach nicht bauen können, weil die Gelder nicht reichen. Die private Bautätigkeit ist seit Kriegsausbruch längst eingeschlafen.

Als wir noch ein aufstrebendes, arbeitsames Volk waren, beschäftigte die Bauindustrie über 1½ Millionen Maurer, 1¾ Millionen andere Bauarbeiter, über ½ Million Zimmerer, eine halbe Million Ziegel- und Zementbrenner. Rund ein Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung des deutschen Reichs arbeitete für die Herstellung von Wohnhäusern, Fabriken usw. Heute feiern diese Hände oder schaffen in anderen Berufen.

Und man weiß nicht, wie man sie wieder zur Abhilfe der Wohnungsnot nutzbar machen kann. Die Ziegel- und Zementfabrikation ist tot, da es an Kohle fehlt. Es gibt keinen Kalk, da Koks zum Kalkbrennen mangelt. Und wenn es alles im Überfluß gäbe: Die Kosten der Baumaterialien und der hohen Löhne stellen jeden Bau so hoch im Preis, daß die breiten Massen die Mieten, also die Zinsen, nicht aufzubringen vermögen.

Die Wohnungsnot förderte das Schiebertum und die wilde Spekulation in Wohnungen und Grundstücken. Die Behörden versuchten den Mietssteigerungen durch Festsetzung von Höchstmieten, Kündigungsverbote usw. Einhalt zu tun. Die Hausbesitzer der Großstädte — meist nicht „Besitzer", sondern in Wirklichkeit Angestellte der Hypothekenbanken — wiesen darauf hin, daß die Sätze zu gering seien. Man kann gerechterweise nicht leugnen, daß der Hausbesitzer, der an den Werten seines Hauses nur mit ein paar Tausend Mark beteiligt ist, für den Rest aber Hypothekenzinsen zu zahlen hat, in drückender Lage ist. Die Reparaturkosten usw. sind, wie alles, ungeheuerlich gestiegen. Andererseits aber hat die durch den geringen Geldwert verursachte Flüssigkeit des Hypothekenmarktes und das Anlage-, Verschiebungs- und Verheimlichungsbedürfnis der neuen Reichen dazu geführt, daß die großstädtischen Wohnhäuser in ungesunder Weise mit neuen Hypotheken belastet wurden, deren Zinsen nun durch steigende Mietspreise aufgebracht werden müssen. Die Anlage von Geldern in Hypotheken in alten Wohnhäusern hat diese Summen dem Neubau vorenthalten. Daß der Privatkapitalist oder die so handelnde Hypothekenbank damit die Wohnungsnot förderte, sie auswucherte, ist traurige Tatsache, die vom reellen, in tausend Nöten sitzenden nominellen Hausbesitzer ebenso empfunden und beklagt wird wie vom Mieter, der vor Not und Teuerung nicht aus noch ein weiß.

Da das Privatkapital der neuen Reichen so handelt, hat man in Berliner Behörden den grandiosen Plan einer Mietsteuer ausgeheckt, um aus deren Erträgen neue Wohnstätten zu errichten. Insgesamt würde dadurch der Mieter um 45% stärker belastet. Aber hier zäumt man das Pferd beim Schwanze auf. Nicht der Mieter, nicht der Hausbesitzer ist schuld an der Wohnungsnot. Über Maßnahmen zur Preissenkung der Baumaterialien und Grundstücke hinweg, über stärkere Kohlenförderung muß jede Verschlimmerung der Not durch unerwünschte Ausländer (meist Valutaspekulanten) und Hypothekenpolitik rücksichtsloser Ausnutzer ebenso rücksichtslos unterbunden werden.

Rußlands Friedensbedingungen.

Lenin traut den Westmächten nicht.

In England halten die Auseinandersetzungen über einen etwaigen Friedensschluß mit Sowjet-Rußland an. Durchweg treten die Blätter für Fortsetzung und baldigen Abschluß der Kopenhagener Verhandlungen ein. So sagt „Daily Expreß": Wir haben jetzt die Wahl, weiterhin mit dem Kopf gegen eine Mauer zu rennen, oder dem gesunden Menschenverstand zu erlauben, ein Vorurteil zu besiegen. General Gough, der ehemalige Leiter der britischen Mission in Nordwest-Rußland, bittet den Premierminister in einem von mehreren bedeutenden Persönlichkeiten mitunterzeichneten Schreiben, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die Gefahr der bolschewistischen Propaganda werde nicht größer sein als die Gefahr, die aus einer Fortdauer des jetzigen Zustandes erwachsen würde. Wenn kein russisches Getreide verfügbar werde, so würden östlich vom Rhein Hungersnot und Chaos die Herrschaft antreten und dies dürfte der beste Nährboden zur Verbreitung des Bolschewismus sein.

Keine Furcht vor militärischen Mitteln

Lenin erklärte in einer Besprechung mit einem Vertreter der „New York World", die Bolschewisten seien bereit, Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischsten Kapitalisten nichts dagegen einwenden könnten. Lenin sagte noch, daß die Sowjetregierung nicht in Gefahr sei, durch militärische Machtmittel unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten betreffend den Handel mit Rußland sehe er nicht als aufrichtig an. Er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

Was Rußland exportieren kann.

Über die Vorräte an exportfähigen Rohstoffen wird berichtet, daß sie in den ländlichen Bezirken der Wolga, Sibiriens usw. wohl vorhanden sind, doch werden die Mengen nicht so groß sein, daß sie für den Weltmarkt eine große Rolle spielen könnten. Hanf und Flachs sind in sehr großen Mengen vorhanden und könnten einen Exportartikel bilden. Auch Schafwolle ist in Sibirien und in Turkestan in bedeutenden Mengen unverarbeitet vorhanden. Die Baumwollager sind vor allem in Turkestan sehr bedeutend. Landwirtschaftliche Nebenprodukte sind in sehr großen Mengen da. Die Engländer versuchen, den russischen Handel an sich zu reißen.

*

Verhandlungen wegen der deutschen Gefangenen.

Die bereits angekündigten Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin über die gegenseitige Heimschaffung der Kriegsgefangenen werden von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene durch den Vorsitzenden, Reichskommissar Stücklen, und in dessen Vertretung von dem stellvertretenden Vorsitzenden Schlesinger geführt. Ergebnisse der Verhandlungen werden durch die Reichszentralstelle bekanntgegeben; nicht amtliche Auslassungen und sonstige an diese Verhandlungen geknüpfte Kombinationen erfahren keine Berichtigung.

Ende der Dienstpflicht in England.

Wieder ein Söldnerheer.

Die Einbringung des Voranschlages im Unterhause wurde von der Ankündigung von der Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht begleitet. Der Kriegsminister erstattete Bericht über die militärische Lage und erklärte dabei:

Die allgemeine Dienstpflicht wird in Großbritannien mit dem 31. März aufhören. Zu demselben Zeitpunkt wird das rund 220000 Freiwillige zählende neue Heer ge-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF